

Gesetzgebungsverfahren des Bundes wird abgewartet

Nach der Landtagsdebatte zur Änderung des Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes

Die Koalitionsfraktionen stimmen in der Landtagsitzung am 27. Januar gegen den Gesetzentwurf der CDU zur Änderung des Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes und entschieden sich damit auch gegen weitere Änderungen am Gesetz. Grund dafür seien die unterschiedlichen Auffassungen zur Abschaffung der ‚Parlamentsunwürdigkeit‘ in den Fraktionen, so die Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow (DIE LINKE), Matthias Hey (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Das aktuell gültige Abgeordnetenüberprüfungsgesetz ist bis 2019 in Kraft. Die Überprüfung der bei der Landtagswahl 2014 gewählten Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR sei nach diesem Gesetz erfolgt, betonten die Fraktionsvorsitzenden.

Die Koalitionsfraktionen hätten sich nun darauf verständigt, zunächst das Gesetzgebungsverfahren des Bundes zum Stasi-Unterlagen-Gesetz 2017 abzuwarten und auf dessen Grundlage ein neues Gesetz zur Abgeordneten-

überprüfung für Thüringen auf den Weg zu bringen.

In der Plenardebatte hatte der Abgeordnete Steffen Dittes die Haltung der Linksfraktion deutlich gemacht:

Erstens: Eine erneute Einzelüberprüfung sollte es im jeweiligen Fall nur geben, wenn beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen neue Erkenntnisse aus der Anfrage in der Sache vorliegen.

Zweitens: § 8, Abgeordnetenüberprüfungsgesetz soll gestrichen werden. Er regelt den Mandatsentzug und steht immer noch im Gesetzestext, obwohl er schon mit Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 25. Mai 2000 für verfassungswidrig und nichtig erklärt wurde, er also seither nicht mehr angewendet werden darf.

Drittens: Streichung der Bewertung als „parlamentsunwürdig“. Damit würde das im Bundestag schon von Anfang an praktizierte Modell eingeführt. Das Parlament stellt die Tatsachen fest und legt sie offen, die Wertungen nehmen die Bürgerinnen und Bürger vor, die auch das Entscheidungsrecht dar-

über haben, wer ins Parlament kommt.

Darüber hinaus wäre mit der Möglichkeit, zur Entscheidung eine öffentliche Debatte im Landtag zu führen, im Gegensatz zum aktuellen Gesetz nicht nur die öffentliche Transparenz des Prozesses erhöht, sondern gleichzeitig die öffentlich kritische Auseinandersetzung garantiert worden. Das hätte nicht nur nach Auffassung der LINKEN den Geist des Gesetzes vom Kopf auf die Füße gestellt.

Die LINKE lehnt den Antrag der CDU ab – die pure Verlängerung der Überprüfung ohne eine verfassungsgemäße und nicht instrumentelle Aufarbeitung zu regeln, ist zu wenig.

Auch wenn es ein ungewöhnlicher Schritt war, die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnten letztendlich auch ihren eigenen Antrag ab, da eine Einigung in den Fraktionen – wie sie bei diesem Thema nötig wäre – nicht zu erreichen war. Eine gemeinsame Beendigung der begonnenen Parlamentsinitiative folgt den Regeln der Koalition.

„Im Ergebnis heißt das: Es ändert sich vorerst nichts“, unterstrich Steffen Dittes.

NACHGEFRAGT bei Anja Müller, Sprecherin für Petitionen (Forts. v. S. 7)

Der Fall „Rositz-Schelditz“ hatte den Petitionsausschuss umfangreich beschäftigt. Worum ging es?

Grundwasser-Probleme hatten in der Gemeinde Rositz (Ortsteil Schelditz, Altenburger Land) zur Gründung einer Bürgerinitiative (BI) geführt, die im Mai 2014 erstmalig eine Petition einreichte mit der Bitte, die durch Altlasten entstandenen Umweltschäden zu sanieren. Gebäude sind aufgrund von Feuchtigkeit und Giftstoffen nicht bewohnbar, Gärten bis zur Grasnarbe überwässert, die Gesundheit der Anwohner gefährdet.

Seit 12 Jahren ist die Problematik den Behörden und Ämtern bekannt. Beschränkte Sofortmaßnahmen wurden ergriffen, wie das Abpumpen des Grundwassers, aber ein Gesamtkonzept existierte nicht. Der Petitionsausschuss hat der Veröffentlichung der Petition auf der Online-Plattform des Landtages im Mai 2014 zugestimmt. Innerhalb von sechs Wochen unterschrieben 1.590 Bürger. Somit erreichte sie die „magische“ Grenze von 1.500 Stimmen und wurde am 23.03.2015 in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses behandelt. Um die Lage inhaltlich richtig einschätzen zu können, hatte sich der Arbeitskreis der Fraktion vor der Anhörung ein Bild der Lage vor Ort gemacht. Ich wurde von Tilo Kummer, Ute Lukasch, Diana Skibbe (alle DIE LINKE) sowie von Dagmar Becker (SPD) begleitet. So konnten wir auch der Bürgerinitiative zeigen, wir nehmen euch ernst, hier bewegt sich etwas – wir wollen helfen.

Was kam bei der öffentlichen Anhörung heraus?

Zwar keine sofortige Abhilfe, jedoch waren Politik und Öffentlichkeit sensibilisiert. Das Thüringer Umweltministerium versprach ein langfristiges Maßnahmenkonzept. Knapp zwei Jahre nach der Einreichung der Petition und ein dreiviertel Jahr nach der öffentlichen Anhörung gibt es erste Erfolge. Die elf direkt betroffenen Mietparteien konnten umziehen. Die schadstoffbelasteten Häuser sollen abgerissen werden, die Bauarbeiten 2017 beginnen. Das Land beziffert die Gesamtkosten auf ca. 10 Millionen Euro. Auch ist geplant, die Keller der anliegenden Häuser trocknen zu legen, Drainagerohre in den Gärten zu verlegen, Straßen zu erhöhen und Rohrleitungen zu erneuern.

Nach den letzten Informationen sowie einer hitzigen Debatte im Landtag am 27. Januar ist es wichtig, das weitere Vorgehen in Rositz-Schelditz zu verfolgen. Viele Punkte sind noch nicht abgeschlossen, manches unsicher. Auch wenn die Landesregierung regelmäßige Sprechstunden in Rositz-Schelditz anbietet und eine extra E-Mail-Adresse veröffentlichte, ist es unsere Pflicht, den Bürgern zur Seite zu stehen. Wir wollen das Thema im März oder April wieder im Petitionsausschuss auf die Tagesordnung nehmen. Der Bürgerinitiative Rositz-Schelditz gilt für ihr unermüdliches Engagement unser Dank. Ohne ihre Ausdauer wären die Maßnahmen und das Gesamtkonzept für die betroffenen Anwohner nicht auf dem jetzigen Stand.

Was hat sich der Arbeitskreis für dieses Jahr noch vorgenommen?

Vorrangig wollen wir natürlich weiterhin die konkreten Anliegen im Sinne des Bürgers bearbeiten. Dabei ist es uns ausgesprochen wichtig, jeden Einzelfall genau zu prüfen und inhaltlich aussagekräftig zu sein. Auch wollen wir dieses Jahr die im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag beschlossene Überprüfung des Beauftragtenwesens dahingehend in Angriff nehmen, inwieweit die Ernennung von Landesbeauftragten hilfreich für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ist. Des Weiteren sind uns einige kleinere Lücken im Thüringer Petitionsgesetz (ThürPetG) aufgefallen, die wir im Laufe des Jahres gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern angehen wollen.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Helau für Hansi Münchberg!

Hans-Helmut Münchberg, Starkomiker aus dem Weimarer Land (und Landrat), hat sich diesmal selbst übertrifft. Zur Diskussionsveranstaltung des Landtagsabgeordneten Steffen Dittes (Vorsitzender des Innenausschusses) mit Ministerpräsident Bodo Ramelow im Rahmen des „Café Gedankenfrei“ am 6.2. in Weimar lädt er sich selbst ein – und fordert dann in einem Brief an Innenminister Poppenhäger, ihm Personenschutz für die Teilnahme zu gewähren. Als Grund führt der phantasievolle Märchenonkel an, „dass gerade Anhänger der Linken bei Auseinandersetzungen nicht nur auf die Kraft des Wortes, sondern auf Gewalt setzen“.

Das hat ein Geschmäckle. Die Superintendenten der evangelischen Kirchenkreise Apolda-Buttstädt und Weimar hatten Münchberg kritisiert, dass der in einem seiner berüchtigten Amtsblatt-Beiträge „im Originalton die menschenverachtende Sprache der NPD“ verwende, sein Text sei „ein scharfer Angriff auf unsere Verfassung, unser Menschenbild und unsere Demokratie“ und „unterstützt nicht das friedliche Miteinander der Menschen“.

Als „absurd“ wies der Sprecher des Innenministeriums denn auch Münchbergs Hanswurstade zurück. Ich habe zunächst überlegt, ob der Innenminister nicht besser eine amtsärztliche Untersuchung hätte anordnen sollen. Doch wir sind in der Faschingszeit. Sogar für einen selbsternannten Apoldaer Karnevalsprinzen Hansi I. gilt die Narrenfreiheit. Und da habe ich als ausgemachter Faschingsmuffel einen Spruch für den Kreisausschuss (dem Münchberg und ich angehören) gedichtet, ganz karnevalistisch, denn die Sitzung fand am Rosenmontag statt:

*Soll ich heute in Handschellen zum Kreisausschuss, dass der Hansi Münchberg sich nicht fürchten muss?
Tätä Tätä Tätä!*

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.